

Bundesamt für Gesundheit
Chantale Bürli

Bern, 14.06.2016
VL_Präventionsabgabe /CJR

Per Email: gesundheitspolitik@bag.admin.ch

**Verordnung des EDI über die Festsetzung des Beitrags für die allgemeine Krankheitsverhütung
Anhörungsantwort der FDP.Die Liberalen**

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Seit 1996 wird zur Finanzierung der gemäss KVG privatrechtlich organisierten „Stiftung Gesundheitsförderung“ ein Prämienzuschlag von jährlich 2.40 Franken pro versicherter Person erhoben. Die Stiftung und das Innendepartement beantragen, den heutigen Zuschlag in zwei Schritten zu erhöhen: Auf jährlich 3.60 Franken im Jahr 2017 und auf jährlich 4.80 Franken ab dem Jahr 2018.

FDP.Die Liberalen lehnt eine Verdoppelung des Zuschlags beim heutigen Geschäftsmodell der Stiftung ab. Die Stiftung hat sich nämlich in den letzten Jahren zu einer Organisation entwickelt, welche selbstständig Produkte entwickelt und verkauft (zum Beispiel S-Tool, BGM-Check, Label FriendlyWorkSpace, usw.). Dazu wurde in den letzten Jahren das Personal stark aufgestockt.

Die gesetzliche Aufgabe der Stiftung ist aber, Massnahmen zur Förderung der Gesundheit und zur Verhütung von Krankheiten anzuregen, zu koordinieren und zu evaluieren (KVG Art. 19 Abs. 2). Mit öffentlichen Geldern private Akteure zu konkurrenzieren darf für die FDP aber keine Strategie sein. Zudem ist dabei mit grossen Wettbewerbsverzerrungen zu rechnen. Ein solches Geschäftsmodell entzieht auch Mittel für Projekte der Stakeholder – seien es die Kantone oder private Organisationen.

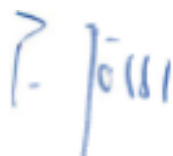
Die FDP wird eine massvolle Erhöhung der KVG-Beiträge erst dann akzeptieren können, wenn sich die Stiftung auf Anschubfinanzierungen, Koordination und Wissenstransfer beschränkt und auf eine eigene operationelle Tätigkeit „an der Front“ verzichtet. Diese gehört nicht zu ihrem Auftrag. In diesem Rahmen müsste beispielsweise auch klar dargelegt werden, welche Rolle die Stiftung im Rahmen der NCD-Strategie und der nationalen Strategie „Psychische Gesundheit“ einnehmen wird. Solange diese Klarheit nicht gegeben ist, sollen die Prämienzahler nicht zusätzlich belastet werden.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen
Die Präsidentin

Der Generalsekretär



Petra Gössi
Nationalrätin



Samuel Lanz